



Aktualisiert: 14.01.2020

Der Groko-Tracker

Sicherheit im Alter

Nach dem Arbeitsleben ordentlich abgesichert zu sein, ist ein Kernversprechen des Sozialstaats. Die SPD will dieses Versprechen für die nächsten Jahrzehnte erneuern – und hat einen Kurswechsel in der Rentenpolitik eingeleitet.

- **Rentenbezüge steigen ab Juli 2020!**

Die rund 21 Millionen Rentnerinnen und Rentner können sich auch 2020 auf **deutlich steigende Rentenbezüge** freuen:

Zum **1. Juli 2020** dürften die Renten in Westdeutschland um 3,15 Prozent und in Ostdeutschland um 3,92 Prozent steigen. Die ganz exakten Werte stehen momentan noch nicht fest.

Die Rentensteigerung liegt damit noch einmal höher als die Preissteigerungsrate. Alle Rentner haben somit wirklich mehr Geld zur Verfügung.

- **Rentenbeitrag bis 2025 abgesichert**

Das **seit 1. Januar 2019 gültige** Rentenpaket sichert die gesetzliche Rente auf dem Niveau von 48% (des Durchschnittseinkommens). Die jüngere Generation profitiert von der Garantie, dass der Rentenbeitrag in den kommenden Jahren nicht über 20 Prozent ansteigt.

Die SPD setzt sich für eine weitere Stabilisierung des Rentenniveaus für die Zeit nach 2025 ein.

- **Mütterrente verbessert**

Mütter und Väter von vor 1992 geborenen Kindern bekommen einen weiteren halben Rentenpunkt je Kind. Davon profitieren rund zehn Millionen Menschen, die bereits Rente beziehen.

mit dem Rentenpaket umgesetzt seit 1. Januar 2019

- **Erwerbsminderungsrente angehoben**

Frauen und Männer, die ab Januar 2019 aus gesundheitlichen Gründen nur noch ganz wenig oder gar nicht mehr arbeiten können, erhalten eine höhere Erwerbsminderungsrente. Das bedeutet eine bessere Absicherung dieser Menschen durch eine längere fiktive Berufstätigkeit.

mit dem Rentenpaket umgesetzt seit 1. Januar 2019

- **Demnächst: Die Grundrente kommt!**

Wer jahrzehntelang in die Rentenversicherung eingezahlt hat, soll im Alter ordentlich abgesichert sein. Und zwar besser als derjenige, der nur kurzzeitig oder gar keine Beiträge geleistet hat – denn das ist eine Frage der Gerechtigkeit.



Aktualisiert: 14.01.2020

Am **10.11.2019** haben sich die Spitzen der Großen Koalition auf die Einzelheiten der Grundrente geeinigt.

Die Grundrente:

- Mehr Rente im Monat -
- für alle, die 35 Jahre oder mehr gearbeitet und in die Rentenkasse eingezahlt haben. Auch Teilzeitarbeit, Kindererziehung und Pflege zählen mit. Wer in dieser Zeit also zu wenig für eine auskömmliche Rente verdient hat, bekommt einen Aufschlag – und damit spürbar mehr als etwa der Betrag in der Grundsicherung.
- Ohne Bedürftigkeitsprüfung. Ohne sich vorm Sozialamt erklären zu müssen. Nur eine einfache Einkommensprüfung, die von der Rentenkasse und der Finanzverwaltung durchgeführt wird.
Dabei gelten Freigrenzen für Alleinstehende von 1.250 Euro und für Paare von 1.950 Euro. Ein Freibetrag wird außerdem beim Wohngeld eingeführt, damit die höhere Rente nicht an anderer Stelle wieder verrechnet wird.
- Mehr Geld für rund 1,2 bis 1,5 Millionen Rentnerinnen und Rentner – darunter 80 Prozent Frauen – zum Beispiel eine Friseurin, die 40 Jahre lang für den Mindestlohn (West) gearbeitet hatte. Oder der alleinerziehende Pflegehelfer, der in Teilzeit gearbeitet hatte und zwei Kinder hat.

Die Grundrente wird solide finanziert, weil sie auf Jahrzehnte verlässlich bleiben muss – unabhängig von Kassenlage und Konjunktur. Und sie muss für alle funktionieren: **für jung und alt**.

- Die Grundrente wird **nicht** zu höheren Belastungen der Beitragszahlerinnen und Beitragszahler führen.
- Klar ist auch, dass die Grundrente **nicht** durch Leistungseinschränkungen an anderer Stelle finanziert wird.

Nach der Einigung werden die Einzelheiten in ein Gesetz eingebracht, das im Jahr 2020 vom Parlament verabschiedet werden muss.

Die Grundrentenzahlungen sollen dann **ab 1. Januar 2021** starten!